



Chips sind das Herzstück von Computern – und Computer sind heute überall.

Foto: Jenny Kane, dpa

## Warum die Chip-Fabrik in Penzing umstritten ist

**Ansiedlung** Chips sind Mangelware und global gefragt. Nach wie vor ist offen, ob Intel sich für den Standort bei Landsberg entscheidet. Die Staatsregierung wirbt dafür, aber Umweltschützer zweifeln daran, ob die Pläne überhaupt umsetzbar wären.

VON STEFAN KÜPPER  
UND CHRISTIAN MÜHLHAUSE

**Landsberg/Penzing** Ob Auto, Laptop oder Kühlschrank: Überall sind inzwischen Chips verbaut, wie sie unter anderem der Konzern Intel herstellt. Das Unternehmen sucht, wie berichtet, nach einem Standort in Europa. Infrage kommt auch der ehemalige Fliegerhorst Penzing. Die mögliche Ansiedlung wird im Landkreis Landsberg nach wie vor kontrovers diskutiert. Jetzt hat der Bund Naturschutz Bayern (BN) zur Sache Stellung bezogen. Die Umweltschützer zweifeln daran, ob die Pläne Intels überhaupt umsetzbar sind, wenn sich Bundes- und Staatsregierung an die Gesetze halten.

Peter Satzger, BN-Kreisvorsitzender in Landsberg, verweist darauf, dass mehrere Gebäude auf dem fraglichen Areal unter Denkmalschutz stünden. Zudem gebe es dort geschützte Flachland-Mähwiesen. Satzger erklärt: „Wenn ich diese Flächen aus der Berechnung herausnehme, bleibt noch ausreichend Platz für eine Fabrik von Intel. Der Konzern will eigenen Angaben nach

aber mindestens zwei bauen. Es ist sogar von einem stufenweisen Ausbau auf bis zu acht die Rede. Das ist nicht machbar, wenn sich die Politik an die Gesetze hält.“

In einem viel beachteten Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hatte Intel-Chef Pat Gelsinger im September davon gesprochen, dass rund 500 Hektar benötigt würden. Der Fliegerhorst Penzing ist 270 Hektar groß. Ein kleiner Teil liegt auf Landsberger Flur.

Dass der Bedarf an Chips in der Industrie steigt, weiß auch Richard Mergner, BN-Vorsitzender in Bayern. Er befürwortet so eine Fabrik in Europa grundsätzlich, sagt aber mit Blick auf Penzing: „Ich halte diesen Standort aus mehreren Gründen für völlig ungeeignet“. Dazu gehöre unter anderem der Flächenbedarf. „Das Werk sollte an einem Ort entstehen, an dem keine größeren Flächen neu versiegelt werden.“ Kritisch sieht er zudem, dass Intel sehr hohe Subventionen fordere. Im Frühjahr, als noch von zwei Fabriken die Rede war, bezifferte Intel das Investitionsvolumen auf 20 Milliarden Euro und forderte acht Mil-

liarden Euro an Subventionen. „Ich finde es unmoralisch, dass ein Konzern Milliardengewinne macht, hohe Dividenden auszahlt und dann solche Subventionen verlangt. Die Gelder müssten an soziale und ökologische Kriterien gekoppelt werden“, so Mergner.

Der Bund Naturschutz Bayern verweist zudem auf die enorme In-

### Subventionen müssten an „soziale und ökologische Kriterien geknüpft werden“

BUND Bayern

frastruktur – Straßen, Wohnraum, Kindergärten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten – die neu geschaffen werden müsste. Bei acht Fabriken geht es um rund 12.000 Beschäftigte. Hinzu kämen je Intel-Mitarbeiter zwischen fünf und zehn Mitarbeitende bei Zulieferern. Damit sei man bei bis zu 120.000 Beschäftigten, wie Monika Nörr von der Kreisgruppe Landsberg zu bedenken gab. Hinzu kämen noch die Familienmitglieder.

Mit Sorge blicken die Naturschützer auch auf den Wasser- und Strombedarf. „Wir haben uns die Zahlen ähnlicher Werke angesehen. Bei acht Fertigungslinien müssten die Stadtwerke Landsberg im Vergleich zu jetzt wohl die 15-fache Menge an Wasser fördern, und der Strombedarf nur von Intel würde wohl etwa 50 Prozent dessen entsprechen, was im Landkreis aktuell benötigt wird“, fügte Karin Krause, Mitglied der Kreisgruppe Landsberg, hinzu.

Im Landkreis gehen die Meinungen auseinander. Sowohl Landrat Thomas Eichinger als auch der Stimmkreisabgeordnete im Bundestag Michael Kießling (beide CSU) bezogen kürzlich Stellung pro Intel-Ansiedlung. Der Kreisbauernverband sieht hingegen – auch wegen anderer geplanter Projekte – den Flächenverbrauch mit großer Sorge. Ablehnend hatte sich wiederholt auch der Kreisverband der Grünen geäußert. Die Partei verweist unter anderem auf die seit Jahren niedrige Arbeitslosenquote – aktuell 2,4 Prozent – und den bestehenden Druck auf dem Wohnungsmarkt.

Die Staatsregierung hat sich und bleibt in Sachen Intel-Ansiedlung klar positioniert: Sie hat Intel den Standort Penzing „in enger Abstimmung mit den beteiligten Kommunen und der Bundesregierung angeboten und intensiv als Standortoption für das Ansiedlungsprojekt gewonnen“, wie es aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium nach wie vor heißt. Man stehe in engem Austausch mit Intel und setzt alles daran, dass Penzing den Zuschlag erhalte.

Allerdings bleibt da – nach wie vor – Geduld gefragt. Denn auch der Chip-Riese hält sich weiter bedeckt. Auf Anfrage teilte eine Sprecherin mit: „Intel führt konstruktive Investitionsgespräche mit Regierungsvertreter:innen aus mehreren EU-Ländern. Die vielen Möglichkeiten, die digitale Agenda 2030 der EU und die damit verbundenen Ambitionen im Bereich Halbleiter zu unterstützen, sind sehr vielversprechend. Gegenwärtig laufen die Verhandlungen noch und sind vertraulich; wir planen, so bald wie möglich eine Ankündigung zu machen.“

## Koalition will Förderung von E-Autos reformieren

**Verkehrswende** Die Autoindustrie sieht mit einer der ersten Amtshandlungen des neuen Wirtschaftsministers einen Einbruch auf dem E-Markt abgewendet. Die künftige Förderung aber dürfte noch für Streit sorgen.

**Berlin** Autofahrer haben zumindest für das kommende Jahr Klarheit: Käufer von rein elektrisch betriebenen Elektrofahrzeugen bekommen weiter eine Förderung bis zu 9000 Euro. Bei Plug-in-Hybriden gibt es bis zu 6750 Euro. Der neue Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck verlängerte dieses Fördersystem, das bis Jahresende befristet war.

Vor allem an der Subventionierung von Plug-in-Hybridautos aber gibt es Kritik. Von 2023 soll dann eine Reform der staatlichen Förderung greifen. Dann sollen nur noch Elektrofahrzeuge gefördert werden, die nachweislich einen positiven Klimaschutzeffekt haben, wie das Wirtschaftsministerium am Montag mitteilte. Dieser solle über den elektrischen Fahranteil und eine elektrische Mindestreichweite definiert werden. Genauso steht es im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP. Details stehen aber noch aus.

Mitte des vergangenen Jahres wurde die Kaufprämie (Umweltbonus) für E-Autos und Plug-in-Hybride über eine Innovationsprämie erhöht. Der Bund verdoppelte dazu seine Förderung beim Kauf solcher Fahrzeuge, befristet bis Ende 2021. Das führte zu stark steigenden Neuzulassungen. Diese Innovationsprämie wird nun bis Ende 2022 verlängert. Bis zur Neuaufstellung soll

Kontinuität gesichert werden, sagte der Grünen-Politiker Habeck. Von 2023 an solle bei der Förderung zum einen der Elektromobilität weiterer Schub verliehen und zum anderen der Klimaschutz gestärkt werden.

Die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie, Hildegard Müller, forderte, bei der Weiterentwicklung der Förderung die Verbraucherinteressen zu berücksichtigen: „Unser gemeinsames Ziel ist es, breiten Bevölkerungsschichten Mut zu machen – zum Umstieg auf die Elektromobilität – und ihn möglichst vielen Menschen zu ermöglichen.“ Reinhard Zirpel, Präsident

des Verbandes der Internationalen Kraftfahrzeughersteller, sagte, mit der Verlängerung der Innovationsprämie könne ein drohender Einbruch des E-Auto-Marktes abgewendet werden. Er warnte aber vor einem zu starken Abschmelzen der Förderung in den kommenden Jahren.

Bei Umwelt- und Klimaverbänden stehen seit langem vor allem Plug-in-Hybridfahrzeuge in der Kritik, die einen Elektro-Antrieb mit einem Verbrenner kombinieren. Umstritten ist, wie viel sie wirklich im rein elektrischen Betrieb gefahren werden. Plug-in-Hybride sind

oft schwere SUV und würden zu einem großen Teil nicht elektrisch gefahren, sondern als Verbrenner, sagte Stefan Bajohr, Bundesvorsitzender des Verkehrsclubs Deutschland. Der Verkehrsclub begrüße, dass die jetzige Förderung nur bis Ende 2022 laufe und nicht, wie von der schwarz-roten Koalition geplant, bis Ende 2025. „Es muss dann ein Schwerpunkt gelegt werden auf die Umweltfreundlichkeit von Fahrzeugen. Es muss Schluss sein mit der großangelegten Subventionierung von Autos. Es wäre besser, wenn das Geld in umweltfreundliche Verkehrsträger wie den ÖPNV

ginge oder in den Radverkehr.“ Bajohr sagte weiter: „Wir sind nicht der Meinung, dass jeder Verbrenner durch ein Elektroauto ersetzt werden muss, das kann nicht der Sinn der Verkehrswende sein.“ Die Zahl der Autos müsse vielmehr verringert werden.

Die Ampel-Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, dass es bis 2030 mindestens 15 Millionen vollelektrische Pkw geben soll. Offen ist, ob es über 2025 hinaus generell eine staatliche Kaufprämie gibt. Zum Jahreswechsel 2020/2021 waren in Deutschland etwa 310.000 vollelektrische Autos unterwegs. Zudem wurden zwischen Januar und Oktober mehr als 267.000 weitere neu zugelassen.

Indes vermeldet VW, dass der Konzern eine europäische Aktiengesellschaft gegründet habe, „um Aktivitäten entlang der Wertschöpfungskette der Batterie zu bündeln – von der Rohstoffverarbeitung über die Entwicklung der Volkswagen-Einheitszelle bis zur Steuerung der europäischen Gigafabriken“. Auch neue Geschäftsmodelle rund um die Weiterverwendung ausgedienter Fahrzeugbatterien bis hin zum Recycling der wertvollen Rohstoffe sollen zum Aufgabenbereich gehören. Der Standort Salzgitter wird zum „europäischen Batterie-Hub“ ausgebaut. (dpa, AZ)



Autofahrer haben für 2022 Klarheit: Käufer von rein elektrisch betriebenen Elektrofahrzeugen bekommen laut Bundeswirtschaftsministerium weiter eine Förderung bis zu 9000 Euro. Foto: dpa

### Wirtschaft kompakt

„TIME“-MAGAZIN

#### Starunternehmer Musk ist „Person des Jahres“

Der Tesla-Chef und Weltraum-Unternehmer Elon Musk ist vom *Time Magazine* zur Person des Jahres gekürt worden. Diese sei „ein Zeichen für Einfluss, und nur wenige Menschen haben mehr Einfluss auf das Leben auf der Erde und möglicherweise auch auf das Leben außerhalb der Erde als Musk“, schrieb *Time*-Chefredakteur Edward Felsenthal zur Begründung. Der 50-jährige Musk, der neben Tesla auch das Raumfahrtunternehmen SpaceX führt, gilt mit einem geschätzten Vermögen von mehr als 300 Milliarden Dollar als reichster Mensch der Welt. Musk sei dabei „vielleicht das beste Beispiel für einen massiven Wandel in unserer Gesellschaft“, so Felsenthal weiter. (dpa)

WIRECARD-INSOLVENZ

#### Verwalter will Bilanzen für nichtig erklären lassen

Das Münchner Landgericht wird in dieser Woche im Wirecard-Skandal eine Klage von großer Bedeutung für Aktionäre und Finanzamt verhandeln: Insolvenzverwalter Michael Jaffé will die mutmaßlich gefälschten Wirecard-Jahresbilanzen 2017 und 2018 für nichtig erklären lassen. Der Anwalt will darüber hinaus auch die Beschlüsse der Hauptversammlungen anfechten, auf denen die Aktionäre die Dividendenzahlungen für diese beiden Jahre abgesegnet hatten. Sollte das Gericht der Klage des Insolvenzverwalters stattgeben, könnte das die Grundlage für die Rückforderung sowohl der Dividenden als auch der von Wirecard gezahlten Steuern sein – denn Unternehmenssteuern bemessen sich zu einem Großteil an Umsätzen und Gewinnen. (dpa)



Es gibt Streit um die Dividende. Foto: dpa

FIRMENKUNDEN

#### Commerzbank gewichtet Klimaschutz stärker

Die Commerzbank gewichtet Klima- und Umweltschutz in ihren Geschäften künftig stärker. Bestandskunden, die aktuell mindestens 20 Prozent ihres Umsatzes oder ihrer Stromerzeugung mit Kohle erzielen, gibt das Geldhaus bis 2025 Zeit, einen Plan für den Kohleausstieg bis 2030 zu erarbeiten. Neue Geschäftsbeziehungen mit Unternehmen, die aktuell mehr als 20 Prozent ihres Umsatzes oder ihrer Stromerzeugung mit Kohle erzielen, wird das Geldhaus nach eigenem Bekunden nicht aufnehmen. Das Institut werde zudem keine neuen Geschäftsbeziehungen mit Unternehmen eingehen, die Ausbaupläne bei Öl und Gas verfolgen. (dpa)

AKTIENKAUF

#### Daimler zu fast einem Fünftel in chinesischer Hand

Der chinesische Daimler-Partner BAIC hat sich rund zwei Jahre nach weiteren Aktienkäufen zu einer höheren Beteiligung an dem Stuttgarter Autohersteller bekannt. Nach eigenen Angaben vom Montag hält das Unternehmen bereits seit 2019 einen Anteil von 9,98 Prozent. Bisher waren lediglich 5 Prozent bekannt. Mit der höheren Beteiligung zog der Staatskonzern nach bisher bekannten Zahlen an dem Gründer seines Konkurrenten Geely, Li Shufu, vorbei. Dieser hielt laut Daimler zuletzt 9,7 Prozent der Aktien, so dass sich der Dax-Konzern zu fast 20 Prozent in chinesischer Hand befindet. Daimler-Chef Ola Källenius begrüßte den jüngsten Schritt: „Die Beteiligung von BAIC an Daimler spiegelt das Bekenntnis zu unserer gemeinsamen erfolgreichen Allianz bei Produktion und Entwicklung im weltweit größten Pkw-Markt wider.“ (dpa)